



Interpellation der SP-Fraktion
betreffend Nichtbezug von Sozialleistungen im Kanton Zug
(Vorlage Nr. 4001.1 - 18370)

Antwort des Regierungsrats
vom 17. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Fraktion hat am 8. Oktober 2025 eine Interpellation betreffend Nichtbezug von Sozialleistungen im Kanton Zug eingereicht. Der Kantonsrat hat die Interpellation am 30. Oktober 2025 an den Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

Frage 1: Wie hoch ist der Nichtbezug der Sozialhilfe im Kanton Zug? Welche Aussagen lassen sich betreffend regionale Unterschiede machen? Falls keine Zahlen vorliegen: Ist der Regierungsrat bereit, die Nichtbezugsquote zu erheben?

Konkrete Erhebungen zum Nichtbezug von Sozialhilfe liegen für den Kanton Zug nicht vor. Entsprechend sind auch keine Aussagen zu regionalen Unterschieden innerhalb des Kantons möglich.

Die Frage nach der effektiven Höhe eines möglichen Nichtbezugs würde sich nur mit erheblichem Aufwand klären lassen. Dazu wären umfangreiche Datenverknüpfungen erforderlich, insbesondere unter Einbezug von Steuerdaten sowie weiterer haushaltsbezogener Informationen. Zudem hängt die Anspruchsberechtigung in der Sozialhilfe nicht allein von statistisch erfassbaren Einkommens- und Vermögensverhältnissen ab, sondern teilweise auch von Sachverhalten, die erst im Rahmen einer individuellen Prüfung geklärt werden können.

Der Regierungsrat sieht derzeit keinen hinreichenden Anlass, für den Kanton Zug eine eigene Erhebung zur Nichtbezugsquote der Sozialhilfe durchzuführen. Massgebend ist aus seiner Sicht, dass Personen in einer tatsächlichen Notlage Zugang zu Unterstützung erhalten. Dass nicht jede potenziell anspruchsberechtigte Person Sozialhilfe beansprucht, ist für sich allein noch kein Hinweis auf eine ungenügende Funktionsweise des Systems, zumal Sozialhilfe subsidiär ausgestaltet ist und als letztes Auffangnetz dient.

Frage 2: Wie hoch ist der Nichtbezug von
a. Ergänzungsleistungen zu AHV/IV,
b. Prämienverbilligungen und
c. anderen Bedarfsleistungen im Kanton Zug?

Zum Nichtbezug von Ergänzungsleistungen zu AHV/IV sowie von Prämienverbilligungen liegen keine Zahlen vor. Zu den anderen Bedarfsleistungen gehören etwa Stipendien, Arbeitslosenhilfen oder Mutterschaftsbeiträge. Auch bei diesen Leistungen können keine Aussagen zu Nichtbezügen gemacht werden.

Frage 3: Welche Einschätzung hat der Regierungsrat zur Funktionsweise der kantonalen Unterstützungsangebote, wenn ein relevanter Anteil der Anspruchsberechtigten Leistungen nicht bezieht? Welche Risiken für die soziale Sicherheit und die Armutsprävention sieht er dadurch?

Der Nichtbezug von Bedarfsleistungen kann unterschiedliche Gründe haben, etwa Unkenntnis, Scham oder bewusste Zurückhaltung. In einzelnen Fällen verzichten Personen bewusst auf einen Antrag, etwa weil sie ihre finanzielle Situation als vorübergehend einschätzen oder zunächst versuchen, eine schwierige Lage mit eigenen Mitteln, durch Erwerbstätigkeit oder mit Unterstützung aus dem familiären Umfeld oder dem Bekanntenkreis zu überbrücken. Sozialhilfe und andere Bedarfsleistungen sind subsidiär ausgestaltet und greifen dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Bei einzelnen Bedarfsleistungen bestehen bereits etablierte Informationswege. So schreibt die Ausgleichskasse Zug mutmasslich anspruchsberechtigte Personen für Prämienverbilligungen an und weist in AHV- und IV-Rentenverfügungen sowie bei Rentenanpassungen darauf hin, dass Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen Ergänzungsleistungen beantragen können.

Die Unterstützungsangebote im Kanton Zug funktionieren grundsätzlich gut. Kantonale und gemeindliche Stellen sowie gemeinnützige Organisationen kennen die Angebotslandschaft und vermitteln bei Bedarf die notwendigen Kontakte. Das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure trägt dazu bei, dass Personen in einer Notlage Unterstützung erhalten und Armutsrisiken frühzeitig erkannt werden.

Der Regierungsrat sieht derzeit keine Hinweise darauf, dass ein allfälliger Nichtbezug von Bedarfsleistungen die Funktionsfähigkeit der Unterstützungsangebote grundsätzlich in Frage stellt oder auf strukturelle Versorgungslücken hindeutet. Dies umso weniger, als dass sich der Kanton Zug mit einer Sozialhilfequote von 1.3 Prozent im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel bewegt (vgl. Erhebungen des Bundesamts für Statistik für das Jahr 2024¹).

Frage 4: Welche Massnahmen könnten im Kanton Zug getroffen werden, um den Nichtbezug zu reduzieren? Welche erfolgreichen Beispiele aus anderen Kantonen sind dem Regierungsrat bekannt und könnten adaptiert werden?

Aus Studien anderer Kantone² und aus nationalen Auswertungen³ ergeben sich Hinweise, wonach Nichtbezug auch in der Sozialhilfe vorkommt und je nach Studie in einer Grössenordnung von rund 25 bis 40 Prozent der potenziell Anspruchsberechtigten geschätzt wird. Die jüngere Studie aus dem Kanton Basel-Stadt weist eine Nichtbezugsquote von 26 Prozent aus. Solche Ergebnisse sind mit Zurückhaltung zu interpretieren. Sie beruhen auf spezifischen methodischen Annahmen und sind nicht ohne Weiteres auf den Kanton Zug übertragbar.

Der Regierungsrat setzt sich dafür ein, dass Anspruchsberechtigte bei Bedarf Unterstützung erhalten. Informations- und Zugangswege werden laufend überprüft und vereinfacht, etwa durch digitale Verfahren oder mehrsprachige Informationen.

Zielgerichtete Massnahmen wie verständliche Kommunikation, transparente Verfahren und niederschwellige Beratung haben sich bewährt. Der Regierungsrat sieht derzeit keinen

¹ Sozialhilfestatistik abrufbar unter: <https://www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/soziale-sicherheit/sozialhilfe>, zuletzt abgerufen am 10. März 2026.

² vgl. Medienmitteilung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Landschaft vom 12. Februar 2026, Neue Studie zum Nichtbezug von Sozialleistungen zeigt positive Entwicklungen, abrufbar unter: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/wsu/2026-neue-studie-zum-nichtbezug-von-sozialleistungen-zeigt-positive-entwicklungen>, zuletzt abgerufen 10. März 2026

³ Bericht des Bundes betreffend Armutsmonitoring der Schweiz vom 26. November 2025, abrufbar unter: <https://www.armutsmonitoring.ch/de>, zuletzt abgerufen am 10. März 2026.

Handlungsbedarf für zusätzliche kantonale Schritte, wird aber allfällige neue Erkenntnisse prüfen und bei Bedarf punktuelle Anpassungen vornehmen.

Automatisierte Auszahlungen oder breit angelegte Informationskampagnen, wie sie in der Interpellation genannt werden, erachtet der Regierungsrat hingegen als wenig zweckmässig. Solche Ansätze würden die Verwaltungstätigkeit erheblich ausweiten und den administrativen Aufwand erhöhen, ohne dass deren Wirksamkeit im Hinblick auf eine höhere Bezugsquote gesichert wäre. Zudem stünden sie im Spannungsfeld zum Grundsatz der Eigenverantwortung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass zum Nichtbezug von Bedarfsleistungen unterschiedliche Einschätzungen bestehen und die vorhandenen Studien nur begrenzt auf einzelne Kantone übertragbar sind. Sozialhilfe ist im schweizerischen System subsidiär ausgestaltet und dient als letztes Auffangnetz der sozialen Sicherung. Aus Sicht des Regierungsrats ist daher entscheidend, dass Personen in einer tatsächlichen Notlage Zugang zu Unterstützung haben und die zuständigen Stellen eine angemessene Information und Beratung gewährleisten. Gleichzeitig bleibt die Sozialhilfe auf ihren Kernauftrag ausgerichtet, nämlich die Existenzsicherung in Situationen, in denen eigene Mittel und vorrangige Leistungen nicht ausreichen.

Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 17. März 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart